IV

*(Informationen)*

# INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

# RAT

## Halbjährlicher Bericht über den Stand der Umsetzung der EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (2012/I)

(2012/C 237/01)

### Einleitung

Der vorliegende Sachstandsbericht informiert über die Maßnahmen, die im ersten Halbjahr 2012 zur Umsetzung der vom Europäischen Rat im Dezember 2003 angenommenen MVW-Strategie (Dokument 15708/03) vor dem Hintergrund der vom Rat im Juni 2008 angenommenen „Aktualisierten Prioritätenliste" (Dokument 10747/08) und der im Dezember 2008 vom Rat gebilligten „Neuen Handlungslinien" (Dokument 17172/08) durchgeführt wurden.

Seit der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) nimmt die Hohe Vertreterin mit Unterstützung durch das EAD-Personal die meisten Aufgaben wahr, die bisher vom turnusmäßig wechselnden Vorsitz des Rates der Europäischen Union ausgeführt wurden, und übernimmt schrittweise auch die restlichen Aufgaben, die gegenwärtig insbesondere auf einigen internationalen Tagungen noch vom turnusmäßig wechselnden Vorsitz zur Unterstützung des EAD ausgeführt werden. Vertreter der Hohen Vertreterin führen den Vorsitz in den mit Nichtverbreitung und Abrüstung befassten Arbeitsgruppen des Rates und sorgen für die Koordinierung der Standpunkte der Europäischen Union in internationalen Foren für Nichtverbreitung und Abrüstung, um so das aktive und sichtbare Engagement der EU im Sinne des Vertrags von Lissabon fortzuführen. Auf einigen internationalen Tagungen wurde der Standpunkt der EU oder der EU und ihrer Mitgliedstaaten weiterhin vom turnusmäßig wechselnden Vorsitz vertreten, da die EU in den jeweiligen Foren nicht über einen Sitz verfügt.

Im Einklang mit den Zielen ihrer Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und den Zielen ihrer Sicherheitsstrategie verfolgt die Europäische Union in diesem Bereich weiterhin als Leitgrundsatz und umfassendes Ziel die Förderung der Universalität der internationalen Verträge, Übereinkommen und anderen Instrumente und deren Umsetzung auf nationaler Ebene. Dementsprechend hat die Europäische Union sich auf allen wichtigen Veranstaltungen des ersten Halbjahres für diese Ziele eingesetzt, so insbesondere auf der EU-Nichtverbreitungs- und Abrüstungskonferenz im Februar 2012, der Gipfelkonferenz über nukleare Sicherung im März 2012 in Seoul, der Tagung des Vorbereitungsausschusses für die NVV-Überprüfungskonferenz im April/Mai 2012 sowie in einer Reihe weiterer internationaler Foren und auf Jahrestagungen der Vertragsstaaten von Übereinkommen, Konferenzen usw.

Dabei hat die EU weiterhin danach gestrebt, sämtliche verfügbaren Instrumente und Finanzmittel (GASP-Haushalt, Stabilitätsinstrument sowie sonstige Instrumente) auf wirksame und komplementäre Weise einzusetzen, um den Maßnahmen der EU zur Unterstützung von internationalen Organisationen und Drittländern größtmögliche Wirkung zu verleihen.

Die EU hat ihre enge Zusammenarbeit mit Partnern und anderen Drittländern fortgeführt und, was die Notwendigkeit einer Stärkung des internationalen Nichtverbreitungssystems betrifft, auf eine weltweite Annäherung der Standpunkte hingewirkt. Ferner war die EU weiterhin bestrebt, in ihren bilateralen Beziehungen mit allen wichtigen Ländern – insbesondere bei Treffen im Rahmen des politischen Dialogs und bei eher informellen Kontakten – Nichtverbreitungsfragen zur Sprache zu bringen.

## 1. NUKLEARFRAGEN

Die Gruppe „Nichtverbreitung“ hat an der Vorbereitung der Tagungen des IAEO-Gouverneursrats im März und Juni 2012 aktiv mitgewirkt. Sie hat über die Beiträge der EU zur Gipfelkonferenz über nukleare Sicherung in Seoul, zur Tagung des Vorbereitungsausschusses für die NVV-Überprüfungskonferenz, zur Tagung der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer, zur Tagung der Australischen Gruppe und zu anderen wichtigen Tagungen und Konferenzen im Nuklearbereich beraten und diese Beiträge vorbereitet. Sie hat die Durchführung der „Neuen Handlungslinien der EU im Bereich der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme“ fortgesetzt und über verschiedene in diesem Bereich geplante Maßnahmen, unter anderem auf dem Gebiet der konsularischen Sorgfaltspflicht (consular vigilance) und der Wachsamkeit auf dem Gebiet der Wissenschaften (scientific vigilance), beraten.

### 1.1 Maßnahmen im Anschluss an die Konferenz von 2010 zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags (NVV)

Die EU hat aktiv an der Tagung des Vorbereitungsausschusses (PrepCom) für die NVV-Überprüfungskonferenz, die vom 30. April bis 11. Mai 2012 in Wien stattfand, teilgenommen und über die Maßnahmen berichtet, die sie zur Umsetzung des auf der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 angenommenen Aktionsplans, einschließlich der zum Nahen Osten getroffenen Vereinbarungen, ergriffen hat. Sie hat eine allgemeine Erklärung und drei Cluster-Erklärungen abgegeben sowie zwei Arbeitsdokumente (eines zur Umsetzung der Schlussfolgerungen der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 mit Empfehlungen für Folgemaßnahmen und eines zur friedlichen Nutzung der Kerntechnik) vorgelegt. Zum letztgenannten Thema richtete sie auf der PrepCom-Tagung gemeinsam mit der IAEO ferner eine gut besuchte Begleitveranstaltung aus. Aufbauend auf den Ergebnissen des erfolgreichen EU-Seminars vom 6./7. Juli 2011 in Brüssel, mit dem zur Umsetzung des *Beschlusses 2010/799/GASP des Rates vom 13. Dezember 2010 zur Unterstützung eines Vertrauensbildungsprozesses mit dem Ziel der Schaffung einer Zone im Nahen Osten, die frei von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist*, beigetragen wurde, wurde mit dem Moderator für die Konferenz 2012 über eine vergleichbare Folge-Initiative beraten. Bei der EU laufen derzeit die Vorbereitungen für die Durchführung einer weiteren „Track 2“-Veranstaltung zu diesem Thema im Herbst 2012.

### 1.2 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die Europäische Union hat ihre Unterstützung der IAEO in Wien ausgeweitet. Mit über 30 Mio. EUR, die seit 2004 bereitgestellt wurden, ist die EU nach wie vor einer der wichtigsten Geber des IAEO-Fonds für nukleare Sicherung. Auf dem Gebiet der nuklearen Sicherung hat die Europäische Union außerdem mit ihrer technischen Expertise zu den von der IAEO veranstalteten Schulungsmaßnahmen und Seminaren beigetragen, die an Drittländer gerichtet waren und darauf abzielten, die Fähigkeiten dieser Länder zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kernmaterial und sonstigen radioaktiven Stoffen zu verbessern. Die EU und die IAEO haben unter anderem durch die Arbeitsgruppe für Fragen der Grenzüberwachung ihre Unterstützung von Drittländern in diesem Bereich aufeinander abgestimmt. Die EU hat zudem mit der IAEO Beratungen mit dem Ziel aufgenommen, die Zusammenarbeit in anderen Tätigkeitsfeldern der IAEO zu vertiefen, die öffentliche Wahrnehmung der Beiträge der EU zu verbessern und insbesondere im Bereich der nuklearen Sicherung weiterhin die Maßnahmen zu koordinieren, um bei den von den CBRN-Kompetenzzentren der EU und den von der IAEO durchgeführten Maßnahmen für Komplementarität zu sorgen und Überschneidungen zu vermeiden und aus der Komplementarität ihrer Maßnahmen Nutzen zu ziehen.

Die Europäische Union hat sich im Jahr 2008 im Wege von Schlussfolgerungen des Rates verpflichtet, aus dem GASP-Haushalt und dem Stabilitätsinstrument (IfS) bis zu 25 Mio. EUR zu der Bank für niedrig angereichertes Uran (LEU) unter der Ägide der IAEO beizutragen. Zudem hat sie über 5 Mio. EUR für das internationale Projekt, das die Erweiterung und Modernisierung des Labors in Seibersdorf zum Ziel hat, bereitgestellt. Konkret heißt dies, dass die erste Rate für die LEU-Bank der IAEO (in Höhe von 10 Mio. EUR), die am 8. Dezember 2011 aus dem Stabilitätsinstrument an die IAEO gezahlt wurde, durch eine zweite Rate in Höhe von 10 Mio. EUR aus dem IfS ergänzt wird. Auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses, der Anfang 2013 vom Rat angenommen werden soll, soll ein weiterer Beitrag aus dem GASP-Haushalt geleistet werden. Für das Labor in Seibersdorf wird die erste Rate in Höhe von 4,75 Mio. EUR (aus dem Stabilitätsinstrument), die am 2. Dezember 2011 an die IAEO gezahlt wurde, 2012 durch einen weiteren Beitrag ergänzt. Die EU hat zudem im Rahmen des Programms für gemeinsame Unterstützung der Europäischen Kommission weiterhin in großem Umfang technische Unterstützung für die Arbeit der IEAO auf dem Gebiet der nuklearen Sicherungsmaßnahmen geleistet. Die Europäische Union hat die verschiedenen ihr zur Verfügung stehenden Instrumente dazu genutzt, in Drittländern eine sichere Umsetzung der friedliche Nutzung der Kerntechnik zu ermöglichen, und dabei unter anderem auch auf die Hilfe der IAEO zurückgegriffen.

### 1.3 **Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT)**

Gestützt auf die einschlägigen Beschlüsse des Rates zur Unterstützung der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) hat die Europäische Union sich aktiv für ein rasches Inkrafttreten des CTBT eingesetzt und in diesem Sinne Outreach-Maßnahmen durchgeführt, die sich an die verbleibenden Anhang II-Staaten richteten, die den Vertrag noch ratifizieren müssen, damit er in Kraft treten kann. Die Europäische Union hat ihre internen Leitlinien zur Unterstützung des Inkrafttretens des CTBT aktualisiert; darin ist vorgesehen, dass sie weiterhin in unterschiedlichem Kontext, so unter anderem bei Treffen im Rahmen des politischen Dialogs, für die Belange des CTBT eintreten wird, um weitere Impulse für die Ratifizierung des Vertrags zu geben.

Die EU hat entschlossen an der Umsetzung der Beschlüsse 2008/588/GASP und 2010/461/GASP des Rates vom 15. Juli 2008 bzw. 26. Juli 2010 gearbeitet. Am 30. Juni 2012 war die Umsetzung des Beschlusses 2008/588/GASP des Rates abgeschlossen. Wegen unvorhersehbarer Verzögerungen bei der Materialbeschaffung hat das Provisorische Technische Sekretariat der CTBTO darum nachgesucht, den Durchführungszeitraum des Beschlusses 2010/461/GASP, der ursprünglich am 16. Mai 2012 hätte enden sollen, um zwei Jahre zu verlängern. Die EU hat Beratungen über eine eventuelle weitere Unterstützung der Arbeit des Provisorischen Technischen Sekretariats der CTBTO aufgenommen (der Entwurf eines neuen Beschlusses des Rates, der den Beschluss 2010/461/GASP des Rates ergänzen soll, wurde von der Gruppe „Nichtverbreitung“ gebilligt und soll vor Ende des Jahres 2012 vom Rat angenommen werden).

### 1.4 **Genfer Abrüstungskonferenz (CD)**

Die Europäische Union hat sich nachdrücklich für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen Vertrag über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke (FMCT) stark gemacht. Zudem hat sie in allen ihren Beiträgen ihre Bereitschaft signalisiert, sich in allen sonstigen auf der Tagesordnung der Abrüstungskonferenz stehenden Fragen zu engagieren, insbesondere in der Frage der nuklearen Abrüstung, der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum und der negativen Sicherheitsgarantien. Ferner hat die EU die Anstrengungen intensiviert, mit denen sie konstruktiv auf eine Ausweitung der Abrüstungskonferenz hinarbeitet. Die EU wird im Jahr 2012 weiterhin alle Gelegenheiten nutzen, um die internationale Diskussion über die rasche Aufnahme von Verhandlungen über einen FMCT voranzubringen und intern die entsprechenden Vorbereitungen treffen; zudem wird sie an wichtigen Veranstaltungen teilnehmen, unter anderem an jenen im Rahmen der Initiative für Nichtverbreitung und Abrüstung (NPDI).

### 1.5 **Regionale Fragen (Iran, Demokratische Volksrepublik Korea)**

Die EU hat sich weiterhin umfassend für die laufenden Bemühungen eingesetzt, die darauf abzielen, auf der Grundlage des Nichtverbreitungsvertrags und der uneingeschränkten Umsetzung aller einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats und des IAEO-Gouverneursrats auf dem Verhandlungsweg zu einer diplomatische Lösung in der iranischen Nuklearfrage zu gelangen. Die EU hat Iran dringend aufgefordert, konkrete praktische Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, Vertrauen in den ausschließlich friedlichen Charakter des iranischen Nuklearprogramms herzustellen und alle seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, um die diesbezüglichen ernsten Sorgen der internationalen Gemeinschaft auszuräumen. Zur Klärung wichtiger offener Fragen, einschließlich der Fragen nach einer möglichen militärischen Dimension seiner Programme, muss Iran uneingeschränkt mit der IAEO zusammenarbeiten. Die Hohe Vertreterin der EU hat sich – gemeinsam mit den E3 + 3 – weiterhin darum bemüht, mit Iran inhaltliche Gespräche über die Vorschläge zu ersten vertrauensbildenden Maßnahmen in Bezug auf das wichtigste Anliegen, nämlich die Urananreichung auf bis zu 20 %, aufzunehmen; die jüngsten diesbezüglichen Bemühungen wurden anlässlich der Gespräche mit Iran am 18./19. Juni 2012 in Moskau unternommen. Die EU bedauerte, dass Iran dem Strukturpapier, das am 8. Juni 2012 mit der IAEO erörtert wurde, noch nicht formell zugestimmt hat. Dieses Papier soll dazu dienen, die Modalitäten für die Lösung offener Fragen im Zusammenhang mit dem iranischen Nuklearprogramm, einschließlich der Frage seiner möglichen militärischen Dimension, festzulegen.

Die EU hat den von der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) am 13. April 2012 durchgeführten Raketen-Teststart, der einen eindeutigen Verstoß gegen die Resolutionen 1695, 1718 und 1874 des VN-Sicherheitsrats darstellt, scharf verurteilt und die DVRK weiter eindringlich aufgefordert, alle ihre bestehenden Nuklearprogramme und Programme für ballistische Raketen vollständig, überprüfbar und auf unumkehrbare Weise einzustellen. Die EU hat die DVRK weiter dazu aufgefordert, den Nichtverbreitungsvertrag und die Verpflichtungen im Rahmen der IAEO-Sicherungsmaßnahmen wieder uneingeschränkt einzuhalten und der IAEO den geforderten Zugang zu Personen, Dokumenten, Ausrüstungen und Einrichtungen zu gewähren. Die EU hat sich kontinuierlich für eine Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche eingesetzt. Die Umsetzung der Resolutionen 1718 und 1874 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durch die EU wurde weiter vorangetrieben. Die EU hat sich weiter damit befasst, die Umsetzung ihrer autonomen restriktiven Maßnahmen zu verbessern. Im Juni 2012 hat sie bei der DVRK Demarchen unternommen, in denen sie die DVRK eindringlich aufforderte, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) zu ratifizieren und von weiteren provozierenden Maßnahmen, insbesondere in Form weiterer Nuklearversuche, abzusehen.

## 2. CHEMISCHE WAFFEN

Der Rat hat einen neuen Beschluss zur Unterstützung von Maßnahmen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) angenommen. Die Kommission und das technische Sekretariat der OVCW konnten große Fortschritte bei den Finanzverhandlungen verzeichnen, so dass mit der Durchführung des neuen Ratsbeschlusses nun bald begonnen werden dürfte. Die am Sitz der OPCW in Den Haag tätigen Delegationen befassten sich angesichts des Auslaufens der verlängerten Frist für die Vernichtung aller noch vorhandenen Bestände an chemischen Waffen (29. April 2012), mit einem Standpunkt der EU zur künftigen Rolle der Organisation. Vier Prioritäten wurden festgelegt: i) Die Vernichtung der bestehenden Bestände muss zum Abschluss gebracht werden, ii) die Universalität des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) muss gefördert werden (acht Staaten sind noch nicht beigetreten), iii) der Schwerpunkt muss auf Nichtverbreitungsaktivitäten verlagert werden, iv) im Einklang mit Artikel XI muss der Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf Sicherheit und Sicherung in der chemischen Industrie in Entwicklungsländern gefördert werden, und gemäß Artikel X müssen Maßnahmen gegen den Einsatz chemischer Waffen gefördert werden. Der Europäische Auswärtige Dienst und die in Den Haag tätigen Delegationen haben mit der Koordinierung begonnen, um einen gemeinsamen Standpunkt der EU im Hinblick auf die dritte von der OVCW (im April 2013) geplante Überprüfungskonferenz auszuarbeiten.

Die EU hat zudem die Lage in Libyen aufmerksam verfolgt, wo die OVCW für die Sicherung der Bestände an chemischen Waffen aus dem früheren CW-Programm Libyens sorgen sollte.

## 3. BIOLOGISCHE WAFFEN

Im Anschluss an die Siebte Überprüfungskonferenz des B-Waffen-Übereinkommens (BWÜ), die im Dezember 2011 in Genf stattfand, hat die EU mit den Vorbereitungen des intersessionalen Prozesses begonnen. Auf Arbeitsgruppenebene wurde die Rolle der EU erörtert und vereinbart, einen gemeinsamen Standpunkt zur Unterstützung der Durchführung der Entscheidungen und Empfehlungen der Siebten Überprüfungskonferenz auszuarbeiten. Dies umfasste Projekte zu den nachstehenden ständigen Tagesordnungspunkten: 1) internationale Zusammenarbeit und Hilfe, 2) Förderung der Umsetzung auf nationaler Ebene, 3) Aufbau von Kapazitäten im Bereich der biologischen Sicherheit.

Es wurden neue Beschlüsse des Rates zur Förderung der Anwendung des BWÜ und zur Unterstützung der Maßnahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf dem Gebiet der biologischen Sicherheit in Laboratorien ausgearbeitet und auf Arbeitsgruppenebene gebilligt; diese Beschlüsse sollen dann im Juli beziehungsweise im Herbst vom Rat angenommen werden.

## 4. TRÄGERSYSTEME

Die EU hat ihre Arbeit gegen die Verbreitung von Trägersystemen intensiviert, wobei sie den Schwerpunkt auf die Unterstützung der Umsetzung des Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper (HCoC) gelegt hat. Im Rahmen des Beschlusses 2008/974/GASP des Rates vom 18. Dezember 2008, dessen Umsetzungsfrist am 1. Juli 2011 endete, wurde eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die drei der wichtigsten Aspekte des Kodex betrafen: die Universalität, die Umsetzung und die Verbesserung des Kodex und seiner Funktionsweise.

Auf der Grundlage der bereits durchgeführten Maßnahmen und gestützt auf die in der Gruppe „Nichtverbreitung“ erörterten Vorschläge hat der Europäische Auswärtige Dienst vorgeschlagen, den Anwendungsbereich des nächsten Ratsbeschlusses auszuweiten, um die Umsetzung des Haager Verhaltenskodex weiterhin unterstützen zu können und der EU zudem die Möglichkeit zu geben, Maßnahmen zur generellen Bekämpfung der Verbreitung von Trägersystemen zu ergreifen. Der Ratsbeschluss wurde im April 2012 von der Gruppe „Nichtverbreitung“ gebilligt. Die Fondation pour la Recherche Stratégique (FRS) (Stiftung für strategische Forschung) wurde in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten als für die Projektdurchführung zuständige Stelle benannt. Die EU hat aktiv an der Jahrestagung der Vertragsstaaten des Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper teilgenommen, die vom 31. Mai bis 1. Juni 2012 in Wien stattfand; die von ihr anlässlich dieser Tagung abgegebene Erklärung erhielt eine konkrete politische Aussage zu der Frage, ob sich Drittstaaten dem Haager Kodex anschließen. Die EU wird zudem Maßnahmen vorbereiten, mit denen im weiteren Verlauf des Jahres 2012 der zehnte Jahrestag des Bestehens des Haager Verhaltenskodex begangen wird. Bei diesem Anlass wurde der neue Beschluss des Rates vorgestellt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben 2012 die Maßnahmen des rumänischen Vorsitzes des Haager Kodex weiter unterstützt, die unter anderem darauf abzielen, die gegenwärtige positive politische Dynamik des Kodex zu verstetigen und den Bekanntheitsgrad des Kodex weltweit zu steigern. Bei dem HCoC-Seminar „Zehn Jahre internationale Zusammenarbeit“, das am 26./27. April 2012 in Bukarest als eine der Veranstaltungen zum zehnjährigen Bestehen des Haager Kodex durchgeführt wurde, wurde über den Beobachtungsbesuch in Kourou (Französisch Guyana) berichtet, der 2011 im Rahmen der aus EU-Mitteln finanzierten Maßnahmen stattfand.

## 5. EINDÄMMUNG DER CBRN-RISIKEN

Vor dem Hintergrund der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2010 (Dok. A7-0349/2010/P7_TA(2010)0467) hat die EU die Durchführung des CBRN-Aktionsplans der EU (zur Bekämpfung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Risiken), der 2009 angenommen wurde, verbessert und sich dabei auf die einschlägigen Hilfsprogramme im Rahmen der Instrumente der Europäischen Gemeinschaft (insbesondere des Stabilitätsinstruments) gestützt. In diesem Zusammenhang hat die EU mit dem Aufbau eines Europäischen Ausbildungszentrums für nukleare Sicherung bei der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission begonnen; für dieses Vorhaben wurden vorerst 2,4 Mio. EUR bereitgestellt.

Die Initiative zur Einrichtung von „CBRN-Kompetenzzentren" wurde im Mai 2010 von der EU eingeleitet. Die CBRN-Kompetenzzentren der EU werden eingerichtet, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass mehrere Länder nicht über ausreichende institutionelle Kapazitäten verfügen, um die CBRN-Risiken einzudämmen. Zu diesen Risiken zählen kriminelle Handlungen (Verbreitung von CBRN-Material oder Terrorismus), Naturkatastrophen (Schweineinfluenza) und unfallbedingte Katastrophen (Bhopal oder Fukushima). Ziel der Kompetenzzentren ist die Entwicklung einer alle Risiken berücksichtigenden CBRN-Strategie auf nationaler und regionaler Ebene, die es erlaubt, alle drohenden Gefahren zu antizipieren und darauf zu reagieren. Kurz gesagt handelt es sich hierbei um strukturelle Maßnahmen, die zum Ziel haben, die Länder weniger anfällig für CBRN-Ereignisse zu machen, was im beiderseitigen Sicherheitsinteresse sowohl der Regionen als auch der EU ist.

Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass die Einrichtung regionaler Experten-Netzwerke gefördert wird, die über Expertise in Rechts- und Durchführungsfragen, in technischen Fragen sowie in Fragen der Überwachung und Kontrolle im Zusammenhang mit der Eindämmung von CBRN-Risiken verfügen.

Fünf regionale Zentren werden derzeit eingerichtet bzw. sind im Begriff, ihre Arbeit aufzunehmen, und zwar in Nordafrika, an der Atlantikfront Afrikas, im Nahen Osten, in Südosteuropa (Südkaukasus, Republik Moldau, Ukraine) und in Südostasien. In einem nächsten Schritt ist die Eröffnung regionaler Sekretariate in Subsahara-Afrika, in Zentralasien und in den Golfstaaten geplant. 33 Projekte mit einem Volumen von annähernd 26 Mio. EUR befinden sich bereits in unterschiedlichen Stadien der Durchführung, sei es in der Phase der Angebotsevaluierung oder der Konzeptionsphase.

Durch die Kompetenzzentren wird im Verbund mit anderen aus dem GASP-Haushalt finanzierten Projekten (siehe Nr. 7) zur Verwirklichung der Ziele der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats im Hinblick auf die Bekämpfung des illegalen Handels mit und die kriminelle Nutzung von CBRN-Stoffen beigetragen. Die Kompetenzzentren basieren darauf, dass die Umsetzung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats verbindlich vorgeschrieben ist; sie gehen aber einen Schritt weiter, indem sie ein umfassendes Paket zur Eindämmung von CBRN-Risiken jeglichen Ursprungs bieten.

## 6. REFLEXIONSGRUPPEN

Gestützt auf den Beschluss 2010/430/GASP des Rates vom 26. Juli 2010 wurden die Tätigkeiten der EU im Rahmen der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen von dem EU-Konsortium für Nichtverbreitung unterstützt, das seine Arbeit im Januar 2011 aufgenommen hat. Im Anschluss an die erste beratende Sitzung (Auftakttreffen) des Europäischen Netzes unabhängiger Reflexionsgruppen für Nichtverbreitungsfragen vom 23./24.Mai 2011 und das EU-Seminar zur Unterstützung der Einrichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten (6./7. Juli 2011) wurde am 3./4. Februar 2012 erfolgreich eine erste Jahrestagung („EU-Nichtverbreitungs- und Abrüstungskonferenz") abgehalten, an der etwa 200 Teilnehmer aus der EU und aus Drittländern teilnahmen. Die nächste Konferenz ist für 2014 geplant. In der Zwischenzeit erstellt das Konsortium weiterhin in Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bereich arbeitenden europäischen Reflexionsgruppen Arbeitsdokumente zur Umsetzung der MVW-Strategie; diese Dokumente sind auf der Website des Konsortiums <http://www.nonproliferation.eu/> abrufbar.

## 7. RESOLUTION 1540 DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN UND AUSFUHRKONTROLLEN

Die EU brachte ihr langjähriges Engagement im Hinblick auf die Umsetzung der Resolutionen 1540 und 1977 dadurch zu Ausdruck, dass sie am Rande der 66. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (am 19. Oktober 2011 in New York) eine gemeinsame Erklärung mit den Vereinigten Staaten unterzeichnete.

In diesem Sinne hat die EU Drittländer in stärkerem Maße dabei unterstützt, ihren im Rahmen der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats bestehenden Verpflichtungen nachzukommen und die Kompetenz der Ausfuhrkontrollbeamten zu verbessern; hierzu hat sie gemeinsam mit dem VN-Büro für Abrüstungsfragen (UNODA) und dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 eine Reihe regionaler Workshops veranstaltet und bilaterale Besuche durchgeführt. Ein neuer Beschluss des Rates zur Unterstützung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats wurde abgefasst und befindet sich in der Phase der abschließenden Bearbeitung; dieser Beschluss, der den Schwerpunkt auf die nationalen Anstrengungen zur Umsetzung legt, soll gemeinsam mit UNODA durchgeführt werden und der Unterstützung der Arbeit des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 dienen, dessen Mandat durch die im April 2011 verabschiedete Resolution um zehn Jahre verlängert wurde.

Die Ausfuhrkontrollregelung der EU für Güter mit doppeltem Verwendungszweck ist durch die Verordnung (EU) Nr. 1232/2011 vom 16. November 2011 und die Verordnung (EU) Nr. 388/2012 vom 19. April 2012 erneut geändert worden.

Die EU hat zudem ein umfangreiches Programm für technische Hilfe bei der Ausfuhrkontrolle aufgelegt, das in erster Linie an die Nachbarländer gerichtet ist, aber schrittweise auf Südostasien und den Mittelmeerraum ausgedehnt werden soll. In diesem Zusammenhang hat die EU eine Konferenz internationaler, regionaler und subregionaler Industrieverbände zur Resolution 1540 (2004) des VN-Sicherheitsrats mitgetragen, die vom 23. bis 25. April 2012 in Wiesbaden veranstaltet wurde, und war gemeinsam mit den Vereinigten Staaten Mitorganisator der 13. Internationalen Konferenz zur Ausfuhrkontrolle, die vom 7. bis 9. Mai 2012 in Portorož (Slowenien) stattfand.

## 8. **WELTRAUM**

Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Rates vom 27. September 2010, die eine überarbeitete Fassung des Entwurfs eines Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten enthalten, hat die EU eine Reihe von Staaten – sowohl im Weltraum aktive als auch nicht aktive Staaten – konsultiert, um diesen Vorschlag zu erörtern und ihre Meinung einzuholen. Ausgehend von den Ergebnissen dieser Konsultationen hat die EU einen überarbeiteten Entwurf erstellt, den sie am 5. Juni 2012 in Wien auf einer Tagung mit 110 Teilnehmern aus über 40 Ländern vorgestellt hat. Diese Tagung war der offizielle Auftakt des multilateralen diplomatischen Prozesses zur Fertigstellung des Kodex. Die erste multilaterale Experten-Tagung, auf der über den Entwurf des Kodex beraten werden soll, wird im Oktober 2012 stattfinden; sie steht allen Staaten zur Teilnahme offen. Für die abschließende Überarbeitung des Kodex werden jedoch mehrere multilaterale Experten-Tagungen nötig sein. Diese Tagungen werden der Vorbereitung der anschließenden diplomatischen Schritte dienen, darunter eine diplomatische Ad-hoc-Konferenz, auf der der Kodex zur Unterzeichnung aufgelegt wird.

## 9. **MVW-KLAUSELN**

Im Einklang mit ihrer MVW-Strategie hat die EU ihre Bemühungen fortgesetzt, die Nichtverbreitung von MVW in ihren vertraglichen Beziehungen zu Drittländern durchgängig zu berücksichtigen.

Es wurden weitere Fortschritte bei den Verhandlungen über die Aufnahme von MVW-Klauseln in einschlägige Übereinkünfte zwischen der EU und Drittstaaten erzielt, insbesondere bei den Verhandlungen mit dem MERCOSUR, Afghanistan, Australien, Aserbaidschan, Kanada, Kasachstan und Malaysia.

## 10. **MULTILATERALE FOREN**

— G8

Die EU hat sich im Vorfeld des G8-Gipfels in Camp David und im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der G8-Gipfelerklärung zur Nichtverbreitung in mehreren Sitzungen der für Nichtverbreitungs- und Abrüstungsfragen zuständigen Direktoren der G8 aktiv engagiert und in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen G8-Vorsitz bei der Durchführung mehrerer Demarchen zum IAEO-Zusatzprotokoll unterstützt.

Die Globale Partnerschaft (GP) hat sich in den neun Jahren seit ihrer Gründung im Jahr 2002 über den G8-Rahmen hinaus zu einer Koordinierungs- und Kooperationsplattform entwickelt, die gegenwärtig 15 zusätzliche Partner umfasst. Auf dem Gipfeltreffen in Deauville im Mai 2011 wurde vereinbart, die biologische Sicherheit, die Umsetzung der Resolution 1540 und nukleare Sicherungsmaßnahmen weiter zu verstärken. Die Vereinigten Staaten, die 2012 den Vorsitz der G8 innehaben, haben dieses Vorhaben vorangebracht, indem sie insbesondere innerhalb der Arbeitsgruppe „Globale Partnerschaft“ eine Unterarbeitsgruppe „Biologische Sicherheit“ eingerichtet haben. Die Einbeziehung (anderer) regionaler Organisationen ebenso wie die Verstärkung der regionalen Eigenverantwortung waren wichtige Themen bei den Beratungen. Die EU-Kompetenzzentren konnten innerhalb der G8 und der Globalen Partnerschaft der G8 an Bedeutung gewinnen, da sie von der G8 insbesondere als Instrument genutzt werden können, um den Informationsaustausch auf regionaler Ebene zu fördern und gegebenenfalls Überschneidungen auf Geberseite zu vermeiden.

— ASEAN Regional Forum (ARF)

Die EU hat ihre Teilnahme an den Tätigkeiten des ARF fortgesetzt. Die EU hat insbesondere an der intersessionalen Tagung des ARF zu Nichtverbreitung und Abrüstung teilgenommen, die am 8./9. März 2012 in Sydney stattfand. Die EU erklärte auf dieser Tagung, dass sie die Annahme des Entwurfs eines Arbeitsplans für Nichtverbreitung und Abrüstung befürwortet, und informierte über ihre Unterstützung bei der Ausfuhrkontrolle im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen sowie über die Initiative für CBRN-Kompetenzzentren mit Schwerpunkt Südostasien. Auf der intersessionalen Tagung des ARF zu Nichtverbreitung und Abrüstung ist der Entwurf eines Arbeitsplans nach vierjähriger Beratung schließlich gebilligt worden; der Plan soll nun auf der ARF-Tagung im Juli 2012 von den Ministern angenommen werden. 2013 wird die intersessionale Tagung des ARF über Nichtverbreitung und Abrüstung erneut auf den Philippinen stattfinden, wobei der thematische Schwerpunkt auf Fragen der friedlichen Nutzung liegen wird; 2014 wird die Tagung in Japan veranstaltet, dabei werden Abrüstungsfragen im Mittelpunkt stehen.

## 11. **POLITISCHER DIALOG**

Treffen im Rahmen des politischen Dialogs über Nichtverbreitung und Abrüstung wurden auf Arbeitsgruppenebene mit Südafrika (8. Mai 2012, Wien) und Argentinien (9. Mai 2012, Wien) abgehalten. Informelle Konsultationen über Nichtverbreitung und Abrüstung fanden unter anderem mit Indien (29. März 2012, Brüssel), Brasilen, Ägypten, der Russischen Föderation, den Vereinigten Staaten und dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (30. April 2012, Wien) sowie mit Japan (11. Mai 2012, Wien) statt.

*ANHANG I*

## ANNEX TO THE SIX-MONTHLY WMD PROGRESS REPORT

### Overview of EU Council, Joint Actions and Council Decisions in the framework of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction

| Title | Objective and implementing entity | Budget and duration |
|---|---|---|
| Council Decision 2012/281/CFSP of 29 May 2012 in the framework of the European Security Strategy in support of the Union proposal for an international Code of Conduct on outer-space activities. | The objectives are:<br>— consultations with States, active or not yet active on space issues to discuss the proposal and to gather their views,<br>— gathering expert support for the process of developing an international Code of Conduct for outer-space activities.<br>Implementing entity: United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR). | Budget: EUR 1 490 000<br>Official Journal: L 140 – 30.5.2012<br>Estimated duration of the action: 18 months. |
| Council Decision 2012/166/CFSP of 23 March 2012 in support of activities of the Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (OPCW) in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction. | The objectives are:<br>— to enhance the capacities of States Parties in fulfilling their obligations under the CWC,<br>— to enhance the preparedness of States Parties to prevent and respond to attacks involving toxic chemicals,<br>— to enhance international cooperation in the field of chemical activities,<br>— to support the ability of the OPCW to adapt to developments in the field of science and technology,<br>— to promote universality by encouraging States not Parties to join the CWC.<br>Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons. | Budget: EUR 2 140 000<br>Official Journal: L 87 – 24.3.2012<br>Estimated duration of the action: 24 months. |
| Council Decision 2010/585/CFSP of 27 September 2010 on support for IAEA activities in the areas of nuclear security and verification and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction. | The objectives are:<br>— strengthening national legislative and regulatory infrastructures for the implementation of relevant international instruments in the areas of nuclear security and verification, including comprehensive safeguards agreements and the Additional Protocol,<br>— assisting States in strengthening the security and control of nuclear and other radioactive materials,<br>— strengthening States' capabilities for detection and response to illicit trafficking in nuclear and other radioactive materials.<br>Implementing entity: The International Atomic Energy Agency (IAEA). | Budget: EUR 9 966 000<br>Official Journal: L 302 – 1.10.2010<br>Estimated duration of the action: 24 months. |

| Title | Objective and implementing entity | Budget and duration |
|---|---|---|
| Council Decision 2010/430/CFSP of 26 July 2010 establishing a European network of independent non-proliferation think tanks in support of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction. | The objective of this network of independent non-proliferation think tanks is to encourage political and security-related dialogue and the long-term discussion of measures to combat the proliferation of weapons of mass destruction (WMD) and their delivery systems within civil societies, and more particularly among experts, researchers and academics. It will constitute a useful stepping stone for non-proliferation action by the Union and the international community.<br>The Union wishes to support this network as follows:<br>— through organising a kick-off meeting and an annual conference with a view to submitting a report and/or recommendations to the representative of the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy (HR),<br>— through creating an Internet platform to facilitate contacts and foster research dialogue among the network of non-proliferation think tanks.<br>Implementing entity: EU Non-Proliferation Consortium. | Budget: EUR 2 182 000<br>Official Journal: L 205 – 4.8.2010<br>Estimated duration of the action: 36 months. |
| Council Decision 2010/461/CFSP of 26 July 2010 on support for activities of the Preparatory Commission of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organisation (CTBTO) in order to strengthen its monitoring and verification capabilities and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction. | The Union will support four projects, the objectives of which are the following:<br>(a) to improve the operation and sustainability of the auxiliary seismic stations network of the CTBT's International Monitoring System;<br>(b) to improve the CTBT verification system through strengthened cooperation with the scientific community;<br>(c) to provide technical assistance to States Signatories in Africa and in the Latin American and Caribbean Region so as to enable them to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBT verification system;<br>(d) to develop an OSI noble gas capable detection system.<br>Implementing entity: The Preparatory Commission of the CTBTO. | Budget: EUR 5 280 000<br>Official Journal: L 219 – 20.8.2010<br>Estimated duration of the action: 18 months. |
| Council Decision 2009/569/CFSP of 27 July 2009 – OPCW. | The objective is to support the universalisation of the Chemical Weapons Convention (CWC), and in particular to promote the ratification/accession to the CWC by States not Parties (signatory States as well as non-signatory States) and to support the full implementation of the CWC by the States Parties. Objectives are:<br>— to enhance the capacities of States Parties in fulfilling their obligations under the Convention, and<br>— to promote universality.<br>Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons. | Budget: EUR 2 110 000<br>Official Journal: L 197 – 29.7.2009<br>Estimated duration of the action: 18 months. |
| Council Decision 2008/974/CFSP of 18 December 2008 in support of HCoC. | The EU supports three aspects of the Code as follows:<br>— Universality of the Code,<br>— Implementation of the Code,<br>— Enhancement and improved functioning of the Code.<br>Implementing entity: Fondation pour le Recherche Stratégique. | Budget: EUR 1 015 000<br>Official Journal: L 345 – 23.12.2008<br>Estimated duration of the action: 24 months. |

| Title | Objective and implementing entity | Budget and duration |
|---|---|---|
| Council Joint Action 2008/588/CFSP of 10 November 2008 in support of BTWC. | The overall objective is:<br>— to support the universalisation of the BTWC,<br>— to enhance the implementation of the BTWC, including the submission of CBM declarations, and<br>— to support the best use of the Inter-Sessional Process 2007-2010 for the preparation of the 2011 Review Conference.<br>Implementing entity: United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA) – Geneva. | Budget: EUR 1 400 000<br>Official Journal: L 302 – 13.11.2008<br>Estimated duration of the action: 24 months. |
| Council Joint Action 2008/588/CFSP of 15 July 2008 in support of CTBTO. | The EU supports the development of capacity of the Preparatory Commission of the CTBTO in the area of Verification by:<br>— Noble gas monitoring: radio-xenon measurements and data analysis,<br>— Integrating States Signatories in Africa to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBTO monitoring and verification system.<br>Implementing entity: The CTBTO Preparatory Commission. | Budget: EUR 2 316 000<br>Official Journal: L 189 – 17.7.2008<br>Estimated duration of the action: 18 months. |
| Council Joint Action 2008/368/CFSP of 14 May 2008 in support of the implementation of UNSCR 1540. | The projects in support of the implementation of UNSCR 1540 will take the form of six workshops aiming at enhancing the capacity of officials responsible for managing the export control process in six sub regions (Africa, Central America, Mercosur, the Middle East and Gulf Regions, Pacific Islands and South-East Asia), so that they can at a practical level undertake implementation efforts of UNSCR 1540. The proposed workshops will be specifically tailored for border, customs and regulatory officials and will comprise the main elements of an export control process including applicable laws (including national and international legal aspects), regulatory controls (including licensing provisions, end-user verification and awareness-raising programmes) and enforcement (including commodity identification, risk-assessment and detection methods).<br>Implementing entity: United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA). | Budget: EUR 475 000<br>Official Journal: L 127 – 15.5.2008<br>Estimated duration of the action: 24 months. |
| Council Joint Action 2008/314/CFSP of 14 April 2008 on support for IAEA activities in the areas of nuclear security and verification – IAEA IV. | The objectives are:<br>— strengthening national legislative and regulatory infrastructures for the implementation of relevant international instruments in the areas of nuclear security and verification, including comprehensive safeguards agreements and the Additional Protocol,<br>— assisting States in strengthening the security and control of nuclear and other radioactive materials,<br>— strengthening States' capabilities for detection and response to illicit trafficking in nuclear and other radioactive materials.<br>Implementing entity: The International Atomic Energy Agency (IAEA). | Budget: EUR 7 703 000<br>Official Journal: L 107 – 17.4.2008<br>Estimated duration of the action: 24 months. |

| Title | Objective and implementing entity | Budget and duration |
|---|---|---|
| Council Joint Action 2008/307/CFSP of 14 April 2008 in support of the World Health Organisation activities in the area of laboratory bio-safety and bio-security. | The overall objective is to support, the implementation of the BTWC, in particular those aspects that relate to the safety and security of microbial or other biological agents and toxins in laboratories and other facilities, including during transportation as appropriate, in order to prevent unauthorised access to and removal of such agents and toxins.<br>— Promotion of bio-risk reduction management through regional and national outreach,<br>— Strengthening the security and laboratory management practices against biological risks.<br>Implementing entity: The World Health Organisation. | Budget: EUR 2 105 000<br>Official Journal: L 106 – 16.4.2008<br>Estimated duration of the action: 24 months. |
| Council Joint Action 2007/753/CFSP of 19 November 2007 in support of IAEA monitoring and verification activities in the DPRK. | Objective:<br>— to contribute to the implementation of monitoring and verification activities in the DPRK, in accordance with the Initial Actions of 13 February 2007, as agreed in the framework of the six-party-talks.<br>Implementing entity: The International Atomic Energy Agency (IAEA Department of Safeguards) | Budget: EUR 1 780 000<br>Official Journal: L 304 – 22.11.2007<br>Estimated duration of the action: 18 months. |
| Council Joint Action 2007/468/CFSP of 28 June 2007 – CTBTO II. | The objective is to support the early entry into force of the Treaty, and need to the rapid buildup of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty (CTBT) verification regime via:<br>— Improvement of the knowledge of Provisional Technical Secretariat noble gas measurements;<br>— Support to on-Site Inspection via the support for the Preparations for the Integrated Field Exercise 2008.<br>Implementing entity: The CTBTO Preparatory Commission. | Budget: EUR 1 670 000<br>Official Journal: L 176 – 6.7.2007<br>Estimated duration of the action: 15 months. |
| Council Joint Action 2007/185/CFSP of 19 March 2007 – OPCW. | The objective is to support the universalisation of the Chemical Weapons Convention (CWC), and in particular to promote the ratification/accession to the CWC by States not Parties (signatory States as well as non-signatory States) and to support the full implementation of the CWC by the States Parties.<br>— promotion of universality of the CWC,<br>— support for full implementation of the CWC by States Parties,<br>— international cooperation in the field of chemical activities, as accompanying measures to the implementation of the CWC,<br>— support for the creation of a collaborative framework among the chemical industry, OPCW and national authorities in the context of the 10th anniversary of the OPCW.<br>Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons. | Budget: EUR 1 700 000<br>Official Journal: L 85 – 27.3.2007<br>Estimated duration of the action: 18 months. |

| Title | Objective and implementing entity | Budget and duration |
|---|---|---|
| Council Joint Action 2007/178/CFSP of 19 March 2007 – Russian Federation IV. | The objective is to assist the Russian Federation in destroying some of its chemical weapons, towards fulfilment of Russia's obligations under the Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and use of Chemical Weapons and on their Destruction.<br>This Joint Action supported the completion of the electricity supply infrastructure at Shchuch'ye chemical weapon destruction facility, in order to provide a reliable power supply for the operation of the chemical weapon destruction facility.<br>Implementing entity: The Ministry of Defence of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland | Budget: EUR 3 145 000<br>Official Journal: L 81 – 22.3.2007<br>Estimated duration of the action: 18 months. |
| Council Joint Action 2006/418/CFSP of 12 June 2006 – IAEA III. | The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as:<br>— Legislative and Regulatory Assistance;<br>— Strengthening the Security and Control of Nuclear and other Radioactive Materials;<br>— Strengthening of States' Capabilities for Detection and Response to Illicit Trafficking.<br>Implementing entity: The International Atomic Energy Agency | Budget: EUR 6 995 000<br>Official Journal: L 165 – 17.6.2006.<br>Estimated duration: the action expired on 12.9.2007. |
| Council Joint Action 2006/419/CFSP of 12 June 2006 – UNSCR 1540. | The action aimed at addressing three aspects of the implementation<br>— awareness-raising of requirements and obligations under the Resolution,<br>— contributing to strengthening national capacities in three target regions (Africa, Latin America and Caribbean, Asia-Pacific) in drafting national reports on the implementation of UNSC Resolution 1540 (2004) and<br>— sharing experience from the adoption of national measures required for the implementation of the Resolution.<br>Implementing entity: United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA - formerly the Department for Disarmament Affairs). | Budget: EUR 195 000<br>Official Journal: L 165 – 17.6.2006.<br>Estimated duration: the action expired on 12.6.2008. |
| Council Joint Action 2006/243/CFSP of 20 March 2006 – CTBTO I. | The objective is to improve the capacity of CTBT Signatory States to fulfil their verification responsibilities under the CTBT and to enable them to fully benefit from participation in the treaty regime by a computer-based training/self-study.<br>Implementing entity: The CTBTO Preparatory Commission. | Budget: EUR 1 133 000<br>Official Journal: L 88 – 25.3.2006<br>Estimated duration of the action: 15 months. |

| Title | Objective and implementing entity | Budget and duration |
|---|---|---|
| Council Joint Action 2006/184/CFSP of 27 February 2006 – BTWC. | Overall objective: to support the universalisation of the BTWC and, in particular, to promote the accession to the BTWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the BTWC by the States Parties.<br>— Promotion of the universality of the BTWC;<br>— Support for implementation of the BTWC by the States Parties.<br>Implementing entity: The Graduate Institute of International Studies, Geneva. | Budget: EUR 867 000<br>Official Journal: L 65 – 7.3.2006<br>Estimated duration of the action: 18 months. |
| Council Joint Action 2005/913/CFSP of 12 December 2005 – OPCW II. | The objective is to support the universalisation of the CWC and in particular to promote the accession to the CWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the CWC by the States Parties.<br>— Promotion of universality of the CWC;<br>— Support for implementation of the CWC by the States Parties;<br>— International cooperation in the field of chemical activities.<br>Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons. | Budget: EUR 1 697 000<br>Official Journal: L 331 – 17.12.2005<br>Estimated duration of the action: 12 months. |
| Council Joint Action 2005/574/CFSP of 18 July 2005 – IAEA II. | The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as:<br>— Strengthening the Physical Protection of Nuclear Materials and other Radioactive Materials in Use, Storage and Transport and of Nuclear Facilities;<br>— Strengthening of Security of Radioactive Materials in Non-Nuclear Applications;<br>— Strengthening of States' Capabilities for Detection and Response to Illicit Trafficking;<br>— Legislative Assistance for the Implementation of States' Obligations under IAEA Safeguards Agreements and Additional Protocols.<br>Implementing entity: The International Atomic Energy Agency. | Budget: EUR 3 914 000<br>Official Journal: L 193 – 23.7.2005<br>Estimated duration of the action: 15 months. |
| Council Joint Action 2004/797/CFSP of 22 November 2004 – OPCW I. | The objective is to support the universalisation of the CWC and in particular to promote the accession to the CWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the CWC by the States Parties.<br>— Promotion of universality of the CWC;<br>— Support for implementation of the CWC by the States Parties;<br>— International cooperation in the field of chemical activities.<br>Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons. | Budget: EUR 1 841 000<br>Official Journal: L 349 – 25.11.2004<br>Estimated duration of the action: 12 months. |
| Council Joint Action 2004/796/CFSP of 22 November 2004 – Russian Federation III. | The objective is to contribute to reinforcing the physical protection of nuclear sites in Russia, so as to reduce the risk of theft of nuclear fissile material and of sabotage by improving the physical protection for fissile materials at the Bochvar Institute in Moscow (VNIINM) of the Russian Federal Agency for Atomic Energy FAAE (formerly MINATOM).<br>Implementing entity: The Federal Republic of Germany. | Budget: EUR 7 730 000<br>Official Journal: L 349 – 25.11.2004<br>Estimated duration of the action: 36 months. |

| Title | Objective and implementing entity | Budget and duration |
|---|---|---|
| Council Joint Action 2004/495/CFSP of 17 May 2004 – IAEA I. | The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as:<br>— Strengthening the Physical Protection of Nuclear Materials and other Radioactive Materials in Use, Storage and Transport and of Nuclear Facilities;<br>— Strengthening of Security of Radioactive Materials in Non-Nuclear Applications;<br>— Strengthening of States' Capabilities for Detection and Response to Illicit Trafficking.<br>Implementing entity: The International Atomic Energy Agency. | Budget: EUR 3 329 000<br>Official Journal: L 182 – 19.5.2004<br>Estimated duration of the action: 15 months. |
| Council Joint Action 2003/472/CFSP of 24 June 2003 – Russian Federation II. | This Joint Action aims at financing a unit of experts under the cooperation programme for non-proliferation and disarmament in the Russian Federation. | Budget: EUR 680 000<br>Official Journal: L 157 – 26.6.2003<br>Duration: shall expire on the date of expiry of European Union Common Strategy 1999/414/CFSP on Russia. |
| Council Joint Action 1999/878/CFSP of 17 December 1999 – Russian Federation I. | The project contributed to:<br>— a chemical weapons pilot destruction plant situated in Gorny, Saratov region, Russia;<br>— a set studies and experimental studies on plutonium transport, storage and disposition. | Budget: EUR 8 900 000<br>Official Journal: L 331 – 23.12.1999<br>Duration: shall expire on the date of expiry of the European Union Common Strategy 1999/414/CFSP on Russia. |

*ANHANG II*

**ANNEX TO THE SIX-MONTHLY WMD PROGRESS REPORT**

**Overview of instrument for stability, priority 1**

**'Risk mitigation and preparedness relating to chemical, biological, radiological and nuclear materials or agents'**

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| n.a. | Retraining former weapon scientists and engineers through support for International Science and Technology Centre (ISTC, Moscow) and Science and Technology Centre (STCU, Kiev). | The main objective of the Centres is to redirect scientists/engineers' talents to civilian and peaceful activities through science and technological cooperation. | ISTC/STCU | | TACIS |
| | | | | EUR 235 million | 1997-2006 |
| | | | | | IFS |
| | | | | EUR 15 million | 2007 |
| | | | | EUR 8 million | 2008 |
| | | | | EUR 7,5 million | 2009 |
| | | | | EUR 5,0 million | 2010 |
| | | | | EUR 4,5 million | 2011 |
| | | | | EUR 4,0 million | 2012 |

AAP 2007 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| IFS/2008/145-156 | Combating illicit trafficking of nuclear and radioactive materials in FSU countries (Russian Federation, Ukraine, Armenia, Moldova, Georgia, Azerbaijan and Belarus). | The purpose of the action is to supply equipment for detection of NRM at border check points as it was identified in the previous phase of the activity financed by TACIS Nuclear Safety programme, contributing thus to reduce nuclear and radiation terrorism threat. | JRC | EUR 5 million | 11.7.2008 – 12.4.2013 |
| IFS/2008/145-130 | Assistance in export control of dual-use goods. | The specific objective is to support the development of the legal framework and institutional capacities for the establishment and enforcement of effective export controls on dual-use items, including measures for regional cooperation with a view of contributing to the fight against the proliferation of WMD and related materials, equipment and technologies. | BAFA (D) | ~ EUR 5 million | 19.3.2008 – 31.12.2010 |

AAP 2007 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| IFS/2008/145-132 | Knowledge Management System on CBRN Trafficking. | The overall objective of the activity is to improve capabilities of participating states, neighbouring countries of the EU in South-East Europe and possibly Caucasus, to combat the illicit trafficking and criminal use of CBRN materials (preparation phase to 'EU CBRN Centres of Excellence'). | UNICRI | EUR 1 million | 31.1.2008 – 1.8.2010 |

AAP 2008 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| IFS/2009/200-523 | Knowledge management system on CBRN trafficking in North Africa and selected countries in the Middle East. | The aim of the project would be to develop a durable co-operation legacy in the area of trafficking of CBRN materials (preparation phase to 'EU CBRN Centres of Excellence'). | UNICRI | EUR 1 million | 16.3.2009 – 15.7.2011 |
| IFS/2009/217-540 | Strengthening bio-safety and bio-security capabilities in Central Asian countries. | The project will address shortcomings in the safety/security practices of key biological facilities in selected countries of Central Asia. The main objectives of the project are to raise the skills of the personnel working at facilities (laboratories) handling dangerous biological agents or supervising those facilities, and to provide additional equipment, as needed, to ensure an adequate level of bio-safety and security. | ISTC | EUR 6,8 million | 21.9.2009 – 21.9.2014 |
| IFS/2009/219-636 | Combating illicit trafficking of nuclear and radioactive materials in selected FSU and Mediterranean Basin countries and preparation of border management activities in the ASEAN region. | The overall objective of this project is to reduce the threat of nuclear and radiation terrorism. For this purpose the assistance will be provided to the partner countries in the improvement of the technical and organisational measures for detection of nuclear and radioactive materials (NRM) illicit trafficking. | JRC | EUR 6,7 million | 2.12.2009 – 1.12.2014 |

AAP 2008 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| IFS/2009/216-327 | Awareness raising of exporters export Control of dual-use goods. | The overall objective of the project is to enhance the effectiveness of export control of dual use items in the Russian Federation, with a view to contribute to the fight against the proliferation of WMD. The specific objectives will be achieved through information exchange with EU exporters, support industry and researchers for awareness raising, organisation of seminars for exporters in the regions of the Russian Federation. | Russian independent non-profit organisation for professional advancement 'Export Control Training Center'. | EUR 1 million | 1.9.2009 – 1.3.2011 |

AAP 2009 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| IFS/2010/239-471 (UNICRI main) – IFS/2010/239-481 (JRC main) – IFS/2010/253-483 and IFS/2010/253-485 (pilot projects JRC and Univ. Milan)/IFS/2010/250-984 (UNICRI establishment of 2 Secretariats). | CBRN Centre of Excellence – First Phase. | To set up a mechanism contributing to strengthen the long-term national and regional capabilities of responsible authorities and to develop a durable cooperation legacy in the fight against the CBRN threat. | UNICRI/JRC main contracts/2 pilot projects in South East Asia/first stup (2 Secretariats in Caucasus and South East Asia). | EUR 5 million | May 2010 – May 2012 |
| IFS/2010/235-364 | Border monitoring activities in the Republic of Georgia, Central Asia and Afghanistan. | To enhance the detection of radioactive and nuclear materials at identified borders crossing and/or nodal points in the Republic of Georgia, at Southern borders of selected Central Asian countries with Afghanistan and at the airport of Kabul. | JRC | EUR 4 million | 4.5.2010 – 4.5.2013 |
| IFS/2010/238-194 | EpiSouth: a network for the control of health and security threats and other bio-security risks in the Mediterranean Region and South-East Europe. | To increase through capacity building the bio security in the Mediterranean region and South-East Europe (10 EU + 17 non EU countries). | Istituto Superiore di Sanità, Rome (Italy). | EUR 3 million | 15.10.2010 – 15.4.2013 |
| IFS/2010/247-264 (service) IFS/2010/248-064 + IFS/2010/258-635 (supply) | Redirection of former Iraqi WMD scientists through capacity building for decommissioning of nuclear facilities, including site and radioactive waste management. | To assist Iraq with redirection of scientists and engineers possessing WMD-related skills and dual-use knowledge through their engagement in a comprehensive decommissioning, dismantling and decontamination of nuclear facilities. | UNIVERSITA DEGLI STUDI DELL'INSUBRIA (service) – CANBERRA + NNL (supplies) | EUR 2,5 million (1,5 M for service + 1,5 M for supplies) | August 2010 – August 2013 |

AAP 2009 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| IFS/2010/253-484 | Knowledge Management System on CBRN risk mitigation – Evolving towards CoE 'Mediterranean Basin'. | To integrate the existing Knowledge Management Systems, namely for South East Europe and for North Africa, and to prepare the evolution towards a Centre of Excellence in the Mediterranean Basin dealing with CBRN risk mitigation (preparation phase to 'EU CBRN Centres of Excellence'). | UNICRI | EUR 0,5 million | 25.11.2010 – 30.4.2012 |
| IFS/2010/254-942 | Bio-safety and bio-security improvement at the Ukrainian anti-plague station (UAPS) in Simferopol. | To contribute to full implementation of the BTWC (Biological and Toxin Weapons Convention) in Ukraine, which includes the prevention of illicit access to pathogens by terrorists and other criminals. | STCU | EUR 4 million | 22.11.2010 – 21.8.2014 |
| IFS/2010/256-885 | Assistance in export control of dual-use goods. | Continuation of the on-going activities in this field in the already covered countries, with possible extension to other regions/countries. | BAFA (D) | EUR 5 million | 21.12.2010 – 1.7.2013 |

AAP 2010 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| IFS/2011/263-555 (set-up)<br>IFS/2011/273-506 (actions) | CBRN Centres of Excellence – Second phase. | Set-up of three to four new Centres in the Middle East and, possibly, Gulf region, Mediterranean Basin, Central Asia and Southern Africa and extension of the projects in South East Asia and in Ukraine/South Caucasus and implementation of thematic projects in all project areas of priority 1. | UNICRI | EUR 4,5 million<br>EUR 16,3 million | 23.8.2011 – 28.2.2013 |
| IFS/2011/273-571 | Enhancing the capability of the IAEA Safeguards Analytical Service (ECAS) – EU contribution to the new Nuclear Material Laboratory (NML). | To ensure that the IAEA has a strong independent analytical capability for safeguards in the decades to come by means of expansion and modernisation of the IAEA Safeguards Analytical Services. | IAEA | EUR 5 million | 30.11.2011 – 30.11.2015 |

AAP 2010 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| IFS/2011/272-372 (service) and IFS/2011/272-424 (supplies) | Establishment of Mobile Laboratories for Pathogens up to Risk Group 4 in combination with CBRN Capacity Building in Sub-Saharan Africa. | Implementation of two units of mobile labs to be used to perform diagnosis of up to group 4 infectious agents in sub-Saharan Africa and one 'stand-by' unit based in EU for training purposes and to be deployed in other countries outside EU where these agents are endemic or outbreaks occur. | BERNHARD-NOCHT-INSTITUT FUR TROPEN-MEDIZIN (service) – supply under evaluation. | EUR 3,5 million | 15.12.2011 – 14.12.2015 |
| IFS/2011/273-572 | Strengthening bio-safety and bio-security capabilities in South Caucasus and in Central Asian Countries. | To raise the capabilities of State organisations in target countries responsible for bio-safety and bio-security in a way that will result in a substantial improvement of the countries' bio-safety/security situations. | UNICRI | EUR 5 million | 1.1.2012 – 31.12.2015 |

AAP 2011 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| IFS/2011/278-349 | Multilateral Nuclear Assurances - EU contribution to the Low Enriched Uranium bank under the supervision of the International Atomic Energy Agency (IAEA). | The IfS contribution (EUR 20 million) will be dedicated to the purchase of a quantity of Low Enriched Uranium. | IAEA | EUR 20 million | 30.11.2011 – 30.11.2013 |
| — | Chemical, biological, radiological and nuclear (CBRN) Centres of Excellence – Third Phase. | (1) to extend existing activities (management contracts with JRC and UNICRI) till the end of 2014 with the aim of improving national CBRN policies and defining comprehensive tailored assistance packages, in a coherent and effective combination of national and regional dimensions [EUR 5,5 million], (2) to improve national CBRN policies through the implementation of concrete actions in the areas of export control of dual-use goods, illicit trafficking of CBRN materials, bio-safety and bio-security, scientists' engagement [EUR 9,2 million] including governance. | | EUR 14,7 million | To be signed in 2012. |

AAP 2011 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| — | Border monitoring activities in the Democratic Republic of the Congo, Russian Federation, Ukraine and South East Asia. | To counteract nuclear and radiation terrorism threat. For this purposes the assistance should be provided to the identified countries in the improvement of the technical and organisational measures for detection of Nuclear and Radioactive Materials (NRM) illicit trafficking, including training and establishment of an expert network. | | EUR 5,8 million | To be signed in 2012. |
| — | Co-operation in export control of dual-use goods. | To strengthen the export control systems of partner countries, with a strong link with the Regional Centres of Excellence activities, by aligning them to the standard of the international export control regimes and treaties and therefore meeting the requirements of the UNSCR 1540 (2004). | | EUR 3 million | To be signed in 2012. |

AAP 2012 (Excluding funding for ISTC/STCU)

| Project identification | Title | Objective | Contractor | Amount | Execution period |
|---|---|---|---|---|---|
| — | Enhancing the Capability of the IAEA Safeguards Analytical Service (ECAS). | Support international cooperation on technological infrastructure and networks necessary to verify the non-diversion of declared nuclear material but also the absence of illicit nuclear material and activities. | IAEA | EUR 5 million | To be signed in 2012/13. |
| — | Chemical, biological, radiological and nuclear (CBRN) Centres of Excellence – Fourth Phase. | (1) To extend existing activities (management contracts with JRC and UNICRI) until the end of 2014 with the aim of improving national CBRN policies and defining comprehensive tailored assistance packages, in a coherent and effective combination of national and regional dimensions [EUR 5,5 million], (2) to improve national CBRN policies through the implementation of concrete actions in the areas of export control of dual-use goods, illicit trafficking of CBRN materials, bio-safety and bio-security, scientists' engagement [EUR 9,2 million] including governance. | JRC<br>UNICRI<br>Consortia (EU MS) | | To be signed in 2012 and 2013. |